

Armutsfüchtlinge? Nein, danke

Während FDP-Bundesrätin Karin Keller-Sutter die Willkommenskultur für Ukrainerinnen zelebriert, fordert ihre Partei eine schärfere Asylpolitik. Damit will sie bei den Wahlen punkten. **Von Ladina Triaca**

Einst galt sie als «eiserne Lady», heute präsentiert sich Karin Keller-Sutter als Patronin der Schweizer Willkommenskultur. Die Bundesrätin besucht ukrainische Flüchtlinge in Asylzentren und macht sich – wie diese Woche – an der Seite von Unternehmern für ihre Integration in den Arbeitsmarkt stark. Auch an der Delegiertenversammlung der FDP kommende Woche in Andermatt wird Justizministerin Keller-Sutter über die Flüchtlinge aus der Ukraine sprechen.

Einen etwas anderen Fokus legt ihre Partei. Die FDP wird in Andermatt ein neues Migrationspapier verabschieden – und sich als harte Asylpartei positionieren. Die Botschaft: Soll die Willkommenskultur gegenüber den Ukrainerinnen und Ukrainern bestehen bleiben, muss die Schweiz bei den anderen Asylsuchenden strenger werden. Oder wie es der neue Dossierverantwortliche und FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt sagt: «Wenn wir die Solidarität in der Bevölkerung nicht überstrapazieren wollen, muss die Schraube im übrigen Migrationsbereich jetzt angezogen werden.» (Siehe Interview)

Was das heisst, zeigt sich im Migrationspapier: Die FDP fordert darin, dass Menschen, die sich illegal in der Schweiz aufhalten, konsequent ausgeschafft werden. Als Flüchtlinge sollen nur noch jene aufgenommen werden, die die Flüchtlingseigenschaften nach internationalem Recht erfüllen. Menschen, die vor Armut fliehen, sollen in der Schweiz keinen Schutz erhalten.

Die Forderungen sind nicht alle neu. Neu ist der Ton und das Selbstbewusstsein, mit dem die Partei sie vorträgt. Anders als in den letzten Jahren unter der Führung von Petra Gossi, will die FDP das Migrationsthema an sich reissen – und aktiv bewirtschaften.

Konkurrenz für die SVP

Das hat zum einen mit den Wahlen zu tun, die im Herbst 2023 stattfinden. Im Freisinn gehen die meisten davon aus, dass die Migrationszahlen in den nächsten Monaten steigen werden. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) prognostiziert für das laufende Jahr rund 16 500 neue Asylgesuche. Das sind ähnlich viele wie vor Corona. Angesichts der Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika sei das Potenzial für Migrationen nach Europa weiterhin gross, heisst es vom SEM. Dazu kommen Tausende Flüchtlinge aus der Ukraine – bis jetzt sind es rund 55 000.

Die Sorge im Freisinn: Die Konkurrentin auf der rechten Seite, die SVP, könnte die hohen Zahlen just im Wahljahr ausschlagen. Bereits während der Flüchtlingskrise 2015 feierte die Volkspartei mit ihren ausländerkritischen Parolen einen historischen Wahlerfolg. Das will die FDP verhindern, indem sie rechtsbürgerlichen Wählern eine Alternative bietet: Gut ausgebildete Fachkräfte? Ja. Armutsfüchtlinge? Nein. Gleichzeitig grenzt sich die Partei mit ihrem scharfen Asylkurs von den



Krieg, Hunger und Armut treiben die Menschen in die Schweiz: Der Bund rechnet im laufenden Jahr mit rund 16 500 neuen Asylgesuchen. (Chiasso, 2015)



Bundesrätin Karin Keller-Sutter. (2021)

Grünliberalen ab, die bei Asyl- und Ausländerfragen meistens mit der Linken stimmen.

Ein zweiter Grund für die forsche Positionierung liegt beim Präsidenten Thierry Burkart. Dieser vergleicht sich in Migrationsfragen mit seinem Aargauer Kollegen Philipp Müller, der die Partei von 2012 bis 2016 führte. Müller begann seine Karriere mit einer Initiative, die den Ausländeranteil auf 18 Prozent begrenzen wollte. Er sah die FDP als «Korrektiv der SVP», forderte eine «pefferscharfe Umsetzung» der Ausschaffungsinitiative und prägte in der Asylpolitik das Motto «hart, aber fair». Diesen Titel trägt nun auch das neue Migrationspapier des Freisinns.

Was der neue, alte Kurs in der Praxis bedeutet, zeigt sich zum Beispiel bei der vorläufigen Aufnahme. Migrationsexperten kritisieren den Status – der vielen Afghanen, Syrern oder Eritreern verliehen wird – als «letzte grosse Baustelle» im Schweizer Asylwesen. Die Ukraine-Flüchtlinge haben die Debatte um den Status neu entfacht: Müssten vorläufig Aufgenommene mehr Geld erhalten, um zu

leben? Und sollten sie reisen dürfen, wie die Ukrainerinnen auch? Anfang Juli wird sich eine Evaluationsgruppe des Bundes erstmals treffen und unter anderem über eine Reform des Status nachdenken. Auch in der FDP gibt es Politiker wie Nationalrat Kurt Fluri, die seit Jahren für eine Reform plädieren.

Die FDP-Führung erteilt tiefgreifenden Reformideen nun jedoch eine Absage. Vizepräsident Andri Silberschmidt sagt, die Partei sehe – abgesehen von einer Namensänderung – keinen Handlungsbedarf bei den vorläufig Aufgenommenen. «Eine Erhöhung der Sozialhilfe, wie sie gegenwärtig diskutiert wird, würde bloss den Arbeitsanreiz verringern und die Schweiz attraktiver machen für Armutsmigranten», sagt er.

SVP will Schutzstatus S aufheben

Bei den anderen Parteien ist man vom harten freisinnigen Asylkurs überrascht. SP-Nationalrätin Samira Marti schlägt die Hände vors Gesicht, als sie davon hört. «Damit zeigt sich der Rechtsrutsch der FDP unter Thierry Bur-

kart einmal mehr.» Und Mitte-Nationalrätin Marianne Binder meint: «Ich sage immer: *Choose your fights*. Haben wir in Europa nicht gerade grössere Kampffelder, als Flüchtlinge gegeneinander auszuspähen?»

Angestachelt ist man hingegen bei der SVP. Nationalrätin Martina Bircher sitzt im Bundeshaus und lacht: «Die sollen nicht nur reden, sondern auch liefern.» Bircher hatte vor kurzem mit der Idee provoziert, den Schutzstatus S auf gewisse Gebiete in der Ukraine zu beschränken. Nun geht sie noch einen Schritt weiter: «Wir müssen den Schutzstatus S so rasch wie möglich aufheben, spätestens aber im Frühling 2023.» Ihr schwebt vor, dass man zurückkehrt zu normalen Asylverfahren. Sonderrechte hätten die Ukrainerinnen und Ukrainer keine mehr. Oder wie es Martina Bircher sagt: «Dann hätten wir diese leidigen Diskussionen zwischen Syrern, Afghanen und Ukrainern endlich nicht mehr. Es würden alle wieder gleich behandelt.»

Die Migrationsdebatte, sie verschärft sich gerade, noch vor dem Wahljahr 2023.

Asylpolitik

«Es ist falsch, wenn wir dieses Thema der SVP überlassen»

FDP-Nationalrat Andri Silberschmidt sagt, wie seine Partei mit einer härteren Asylpolitik punkten will.

Der Krieg in der Ukraine tobt seit vier Monaten. Ist es mit Ihrer Solidarität bereits vorbei?

Andri Silberschmidt: Nein, unsere Solidarität ist nach wie vor gross. Wir haben die Flüchtlinge aus der Ukraine von Tag eins an willkommen geheissen. Auch unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter leistet bei der Arbeitsmarktintegration einen besonderen Effort. Aber wenn wir die Solidarität in der Bevölkerung nicht überstrapazieren wollen, muss die Schraube im übrigen Migrationsbereich jetzt angezogen werden.

Wie soll das aussehen?

Menschen, die nicht hier sein dürften, müssen wir konsequent

ausschaffen. Sonst sind wir nicht glaubwürdig. Ich denke hier etwa an Menschen aus Marokko oder Algerien, die in ihre Heimat zurückkehren könnten. Der Bund muss Kantone, die hier ihre Aufgaben nicht machen – wie etwa die Waadt –, sanktionieren. Und auch beim Familiennachzug müssen wir wieder strenger werden.

Weltweit sind erstmals 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Kriege, Hungersnöte und die Klimakrise werden die Fluchtbewegung weiter verschärfen. Wollen Sie tatenlos zusehen?

Nein, die Schweiz beherbergt heute schon vergleichsweise viele Asylsuchende. Zudem kommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU und die Drittstaat-Kontingente wichtige Arbeitskräfte zu uns. Da haben wir einfach keinen Platz für alle Menschen, die ihr

Land verlassen, um ein besseres Leben zu suchen.

Das heisst: Fachkräfte ja, Armutsmigranten nein?

Genau, da müssen wir konsequent sein. Angesichts der Grösse unseres Landes ist es illusorisch und naiv zu glauben, wir könnten das Tor für Armutsfüchtlinge weiter öffnen.

Die Bedingungen für die Flüchtlinge aus der Ukraine haben die Diskussion um den Status der vorläufigen Aufnahme neu entfacht. Bietet die FDP Hand für eine Reform?

Der Begriff der vorläufigen Aufnahme ist tatsächlich irreführend, weil die meisten vorläufig Aufgenommenen jahrelang in der Schweiz bleiben. Um die Arbeitgeber nicht abzuschrecken, wäre eine Namensänderung sinnvoll. Sonst sehen wir keinen Hand-

lungsbedarf. Eine Erhöhung der Sozialhilfe würde bloss den Arbeitsanreiz verringern und die Schweiz attraktiver machen für Armutsmigranten.

Die FDP setzt knapp einhalb Jahre vor den Wahlen auf einen harten Asylkurs – warum?

In der Politik gibt es im Moment zwei Pole. Die SVP, die die Ukrainerinnen und Ukrainer am liebsten jetzt schon nach Hause schicken würde, und SP, Grüne und GLP, die die Grenzen am liebsten für alle Menschen öffnen würden. Diesen beiden Extrempositionen wollen wir Einhalt gebieten.

Das ist doch pure Wahltaktik.

Nein. Die Migrationsströme werden weiter zunehmen. Das Thema dürfte also auch im Wahljahr eine Rolle spielen. Da wollen wir als Partei früh eine klare Position definieren.

Der FDP-Asylchef



Andri Silberschmidt, 28, ist Nationalrat, Vizepräsident der FDP und für die Migrationspolitik der Partei zuständig.

Tappen Sie damit nicht in die Falle der SVP, die ja nichts lieber möchte, als im Wahljahr über Migration zu sprechen?

Es ist falsch, wenn wir als Bürgerliche dieses Thema der SVP überlassen. Die SVP ist gegen jegliche Zuwanderung – sie greift seit Jahren die Personenfreizügigkeit und Schengen-Dublin an. Diese Angriffe müssen wir abwehren.

Im Zweifel wandern die Leute doch trotzdem nach rechts, zum Original.

Wer die Schweiz völlig abschotlen will, wählt tatsächlich besser die SVP. Wir zielen auf jene, die sich eine harte, aber faire Migrationspolitik wünschen. Die Schweiz schützt jene, die Schutz brauchen. Sie bietet berufliche Perspektiven für Ausgebildete. Und sie bildet aus. Die Schweiz toleriert aber keine Missbräuche. Interview: Ladina Triaca